

Meinung nach eine kostbare Sicherung des Friedens ergeben, in gewisser Hinsicht bedeutender als eine unmittelbare Verhinderung des Krieges.

Schluß

Geliebte Söhne und Töchter!

Wenn die Geburt Christi auch heute Strahlen von Freude in die Welt aussendet und tiefe Bewegung in den Herzen weckt, so darum, weil in der einfachen Krippe des menschgewordenen Gottessohnes die unendlichen Hoffnungen des Menschengeschlechts eingeschlossen sind.

In Ihm, mit Ihm und durch Ihn das Heil, die Sicherheit, das zeitliche und ewige Geschick der Menschheit. Allen und jedem ist der Weg geöffnet, um zur Krippe heranzutreten, aus der Lehre, den Beispielen, der Freigebigkeit des Gottmenschen seinen Teil an Gnaden und Gütern zu schöpfen, wie sie zum gegenwärtigen und zum zukünftigen Leben notwendig sind. Wo dies aus eigener Trägheit oder durch andere Hinderungsgründe unterbliebe, wäre es umsonst, sie anderswo zu suchen, denn überall lastet die Nacht des Irrtums, des Egoismus, der Leere und der Schuld, der Enttäuschung und der Ungewißheit. Die mißglückten Erfahrungen der Völker, der Systeme, der einzelnen menschlichen Wesen, die nicht bei Christus den Weg, die Wahrheit und das Leben suchen wollten, müßten von allen denen ernstlich betrachtet und bedacht werden, die glauben allein auszukommen. Die heutige ge-

bildete, mächtige, dynamische Menschheit hat vielleicht einen größeren Anspruch auf irdisches Glück in Sicherheit und Frieden; aber sie wird ihn nicht in die Wirklichkeit überführen können, bis sie in ihre Berechnungen, Pläne und Diskussionen nicht den höchsten und entscheidenden Faktor einsetzt: Gott und seinen Gesalbten. Möge der Gottmensch unter die Menschen zurückkehren als anerkannter König, dem alles gehorcht, wie er geistigerweise jedes Weihnachtsfest wiederkehrt, um sich in die Krippe zu legen und sich allen anzubieten. Das ist der Wunsch, den Wir heute der großen Menschenfamilie gegenüber aussprechen in der Gewißheit, ihr den Weg des Heils und des Glücks zu weisen.

Möge das göttliche Kind Unser inständiges Gebet aufnehmen, auf daß seine Gegenwart fast spürbar wahrgenommen werde, wie in den Tagen seines Weilens auf Erden so auch in der heutigen Welt. Lebendig inmitten der Menschen, möge es die Herzen erleuchten und den Willen derer stärken, die die Völker regieren; diesen möge es Gerechtigkeit und Frieden sichern, die eifrigen Apostel seiner ewigen Botschaft ermutigen, es möge die Guten stützen und die Verirrten an sich ziehen; es möge die, die Verfolgung leiden um seiner Kirche und seines Namens willen, trösten, den Armen und Unterdrückten beistehen, die Leiden der Kranken, der Gefangenen und Flüchtlinge lindern und allen einen Funken seiner göttlichen Liebe schenken, auf daß allerorts auf Erden sein friedliches Reich triumphiere. Amen.

Die Kirche in den Ländern

Das christliche Gewissen und die Ereignisse in Französisch-Nordafrika

Was in der letzten Zeit in den französischen Besitzungen in Nordafrika vor sich geht: Autonomiebestrebungen mit immer wechselnden Graden von Aufruhr, Terror und „Gegenterror“, stellt eines der kennzeichnenden Geschehnisse unserer Epoche dar, in der die Kolonialherrschaft der weißen Völker zu Ende geht, die Kolonialländer nach Selbstbestimmung drängen und die bisherigen Kolonialmächte vor der Aufgabe stehen, ein neues, anderes Verhältnis zu dem bisherigen Kolonialland zu finden — eine Aufgabe, die Frankreich in blutige und die ganze Welt ängstigende Verstrickungen mit den drei nordafrikanischen Ländern Tunesien, Algerien und Marokko geführt hat. Das Besondere des Gegenübers zwischen Frankreich und den drei nordafrikanischen Ländern (die im übrigen rechtlich ganz verschiedene Beziehungen zum „Mutterland“ haben und sich gegenwärtig auch in voneinander verschiedenen Stadien der Auflehnung befinden) besteht darin, daß die ursprüngliche Bevölkerung dieser Länder fast geschlossen dem Islam angehört. Der französische Sprachgebrauch ist sogar in letzter Zeit dazu übergegangen, das Wort Eingeborene zur Bezeichnung dieser Bevölkerung zu meiden und dafür — gleichsam als Sammelname für die verschiedenen Stämme der Araber und der Berber — die Bezeichnung Musulmanen zu verwenden: auf der einen Seite die Franzosen, auf der andern „die Musulmanen“. Es ist bekannt, daß die Anhänger des Islams mehr als jede andere Religionsgemeinschaft der christlichen Mission unzugänglich sind, und diese Tatsache vertieft die Kluft zwischen Herrschern und Beherrschten (was

im großen und ganzen auch gleichbedeutend ist mit: zwischen Reichen und Armen), sie fixiert sie. Verantwortungsbewusste Christen Frankreichs fühlen sich darum schon lange verpflichtet, gerade auch im Gefühl eines Versagens auf seiten der Christen, über die vielfältigen alten und tiefen Ursachen der heutigen Konflikte nachzudenken, in denen die sicher großen und wichtigen Beiträge Frankreichs zur wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Erschließung dieser Länder für die nach Freiheit strebenden Araber und Berber nichts oder nur wenig mehr gelten. Wie sehr das christliche Gewissen sich durch die gegenwärtigen Kämpfe mit ihren terroristischen Methoden und dem bald hier, bald dort aufflackernden blutigen Aufruhr beunruhigt fühlt, bezeugt mehr als alles andere eine Verlautbarung, die die höchste kirchliche Instanz Frankreichs, die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs, anlässlich ihrer Herbsttagung herausgegeben hat.

Die Erklärung der Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe

Die vom 14. Oktober 1955 datierte Erklärung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs lautet:

„Die schmerzlichen Ereignisse in Nordafrika stellen jeden Franzosen und vor allem die Jugend vor schwere und bedrückende Probleme. Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe ist davon tief bewegt.

Indem sie sich über alle parteilichen Sorgen erhebt und darauf bedacht ist, zugleich die Vaterlandsliebe und die Rechte aller Menschen zu retten, erinnert sie an die Grundsätze, die das Urteil der Christen erleuchten und ihr praktisches Verhalten bestimmen müssen. Diese Grundsätze sind bereits von den Bischöfen von Algerien,

Tunesien und Marokko verpflichtend dargelegt worden. Die Versammlung übernimmt insbesondere die Stellungnahme des gemeinsamen Hirtenbriefs der algerischen Bischöfe vom 15. September, aus dem sie einige der wichtigsten Stellen hier wörtlich anführen möchte:

„Die Hebung des Lebensstandards der enterbten Massen ist eine wesentliche Vorbedingung für die Schaffung eines Geistes der Brüderlichkeit und Gemeinschaft als Grundlage wirklicher Eintracht zwischen den Menschen.

„Angesichts der ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Algeriens hat das französische Mutterland nicht zu umgehende Verantwortlichkeiten. Wollte man sich unter dem Druck von Sonderinteressen von ihnen drücken oder sie bagatellisieren, so wäre das ein schweres Unrecht.

„Der Zugang aller Elemente der Bevölkerung zu den verschiedenen Graden der Bildung, zur Ausübung bürgerlicher Verantwortung und zu den öffentlichen Ämtern muß derart gesichert werden, daß keine Gruppe sich in der Ausübung ihrer Rechte geschmälert und verletzt fühlen kann.

„Man wird nur dann gerechte und friedliche Lösungen finden, wenn man dem besonderen Charakter Algeriens (und das gilt ebenso für ganz Nordafrika), seinen ethnischen und geographischen Verhältnissen, seiner Eigenart, die in dem Zusammenleben mehrerer spiritueller Familien, namentlich der mohammedanischen, der christlichen und der jüdischen besteht, Rechnung trägt. Geschaffen, um sich zu verstehen, sind sie berufen, in enger Verbundenheit zu leben, um Algerien einer Zukunft des Fortschritts entgegenzuführen.

„Nur in einem Klima der Freundschaft können auch die schwierigsten Probleme gelöst werden; friedliche Wege werden sich als Frucht vielfältiger brüderlicher Kontakte ergeben, die allen das Recht einräumen, sich frei auszudrücken. Das absolute Gesetz dieser Bemühungen muß die selbstlose Suche nach dem Gemeinwohl bilden, das die notwendige Grundlage echter brüderlicher Gemeinschaft ist.“

Im Lichte dieser Grundsätze müssen die Christen sich vor allen vorschnellen, unabgestuften Urteilen hüten; sie müssen die verabscheuenswerten Ereignisse ablehnen, ohne sich zu falschen Verallgemeinerungen hinreißen zu lassen; und sie müssen unter allen Umständen Gerechtigkeit und Liebe walten lassen.

Die Gläubigen des Mutterlandes müssen sich insbesondere auch einer brüderlichen Haltung des Verständnisses und der Hilfsbereitschaft gegenüber den nordafrikanischen Arbeitern in Frankreich befleißigen, die oft in unverdientem Elend leben.

Unter den gegenwärtigen Umständen erinnert die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe daran, daß der einzelne nur dann ein Widerstandsrecht gegen die legitime Autorität hat, wenn diese ihm direkt ein Verbrechen oder eine offenkundige Ungerechtigkeit befehlen sollte. Schließlich bittet sie inständig darum, daß sich die Christen in allen Diözesen Frankreichs zu öffentlichem Gebet für alle Opfer und für die Rückkehr des Friedens versammeln.

Möge Unsre Liebe Frau von Afrika die Wunden heilen, den Haß tilgen und für die einen und die andern die Kraft erlangen, die Prüfungen anzunehmen und die Beleidigungen zu verzeihen! Möge sie die Verantwortlichen erleuchten, so daß die Schwierigkeiten ihre Lösung in Gerechtigkeit finden und sich in der Brüderlichkeit der Kinder Gottes beruhigen.“

Der Lebensstandard

Das erste, was die französischen Kardinäle und Erzbischöfe in ihrer Erklärung wörtlich aus dem gemeinsamen Hirtenbrief der algerischen Bischöfe übernommen haben, ist die Betonung der Notwendigkeit der „Hebung des Lebensstandards der enterbten Massen“.

In Algerien lebte, als die Franzosen vor 125 Jahren dort landeten, eine Million Menschen. Heute leben dort (nach der Zählung von Ende 1953) 9 807 000 Einwohner, von denen 1 029 000 Europäer, die übrigen, mehr als 8 Millionen, Araber und Berber sind. Ähnlich verhält es sich mit dem Bevölkerungsanstieg in Tunesien (heute rund 3 600 000 Einwohner, darunter 220 000 Europäer) und Marokko (heute über 9 Millionen Einwohner, davon gegen 5 Millionen Araber, 4 Millionen Berber und etwa 400 000 Europäer). Da Algerien als „Teil des französischen Mutterlandes“ den Kern der französischen Position in Nordafrika bildet, skizzieren wir die Situation Algeriens als Paradigma für die Probleme des gesamten Gebiets (unter Voraussetzung der selbstverständlichen Abweichungen gemäß den besonderen Gegebenheiten jedes der Länder).

Was am meisten in die Augen fällt, ist das ungeheure Anwachsen der muslimanischen Bevölkerung. Während der Bevölkerungszuwachs für die Europäer im Jahr 1953 1 % betrug, stand er bei den Arabern und Berbern bei 2,7 %. Im Jahr 1901 nahm die Gesamtbevölkerung um 16 500 zu, dann stieg dieses Wachstum ständig an, bis es für 1953 270 000 in einem Jahr erreichte. Dabei war 1953 über die Hälfte der mohammedanischen Bevölkerung unter 20 Jahre alt (während bei den nicht-mohammedanischen Einwohnern nur ein Drittel weniger als 20 Jahre zählte). Bei weitem der größte Teil dieser Menschen lebt naturgemäß in den Départements, den anbaufähigen Gegenden, während die „Territorien“ der Wüste äußerst menschenarm sind. Die Städte üben auf die rasch zunehmende Bevölkerung eine stets steigende Anziehungskraft aus. 1886 lebten 11 % der Algerier in Städten über 2000 Einwohnern, 1948 waren es bereits 24 %. Die Statistik von 1953 gibt getrennte Werte für Europäer und Mohammedaner an: 70 % der Europäer und 12,5 % der Mohammedaner lebten 1953 in Städten.

Die Erträge des Landes haben nun keineswegs im gleichen Maße zugenommen. 1900 produzierte Algerien 600 kg Weizen pro Kopf seiner Einwohnerschaft, heute sind es nur noch 200 kg. Weizen und Wein sind die Hauptprodukte des Landes. Aber nur ein Teil des bebauten Bodens — vorwiegend der den Europäern gehörige — wird nach modernen Methoden bearbeitet. Die Eingeborenen betreiben ihre Wirtschaft durchweg noch auf uralte, primitive Weise, und ihr Ertrag bleibt weit hinter dem der europäischen Grundbesitzer zurück. Das liegt einerseits an ihrer Unwissenheit, die sie die Vorteile anderer Methoden nicht erkennen läßt, andererseits an ihrer unbeschreiblichen Armut, die ihnen jede Anschaffung von Maschinen oder Düngemittel unmöglich machen würde. Es gibt nur einen ganz geringen Prozentsatz reicher Araber und Berber. Ein Teil des algerischen Bodens ist seit 1830 durch von Zeit zu Zeit sich wiederholende Enteignungen an den Staat gekommen und von diesem den französischen Siedlern gegeben worden. Heute haben sich die Besitzverhältnisse so entwickelt, daß den 25 000 europäischen Grundbesitzern 1 540 650 Hektar des anbaufähigen Bodens gehören, den 532 000 mohammedanischen Grund-

besitzern dagegen nur 2593410 Hektar: der mehr als 20fachen Zahl weniger als das Doppelte!

Da die so stark angewachsene musulmanische Bevölkerung von den altüberlieferten Weisen des Ackerbaues nicht leben kann, strömt sie zu den Städten, findet jedoch auch hier nicht die gesuchte Beschäftigung. Zwar entsteht allmählich eine algerische Industrie, aber sie beschäftigt vorwiegend Europäer. Fast 1 Million der Mohammedaner bleibt arbeitslos oder findet nur Gelegenheitsarbeit. Gegen 300 000 algerische Arbeiter gehen in letzter Zeit alljährlich nach Frankreich, um dort zu arbeiten. Da sie ungelernete Arbeiter sind, leben sie zum großen Teil auch dort in größtem Elend.

In alledem zeigt sich bereits die grundlegende Ungleichheit zwischen mohammedanischen Algeriern und Algeriern europäischer Herkunft. Die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betrifft ausschließlich die Mohammedaner. Weit über die Hälfte aller mohammedanischen nichtlandwirtschaftlichen Arbeiter sind ungelernete, während nur 11 % der Europäer als ungelernete Arbeiter eingestellt sind. Nur ein ganz geringer Prozentsatz von Mohammedanern bringt es zum Vorarbeiter oder spezialisierten Arbeiter. Der Lohn für Eingeborene ist erheblich niedriger als der für Europäer. 14 % der europäischen Frauen arbeiten, jedoch 36 % der mohammedanischen. Die Kindersterblichkeit in den Städten beträgt bei den Europäern 4,6 %, bei den Mohammedanern 18,1 %. Für 1 600 000 schulpflichtige Eingeborenenkinder fehlen noch die Schulräume. Unter den 34 000 Schülern der höheren Schulen befinden sich nur 16 % Mohammedaner.

Alle diese Gegebenheiten beweisen, daß das französische Bürgerrecht für die algerischen Mohammedaner und die Politik der „Assimilation“ bisher keinen Zustand geschaffen hat, der diesen Begriffen gleicht. Selbst das Wahlrecht steht nur den mohammedanischen Notabeln und denen zu, die ein französisches Diplom erworben haben.

Ist aber Assimilation überhaupt das, was die algerische Bevölkerung will? Das algerische Volk selber ist jedenfalls nicht um seine Meinung gefragt worden.

Der religiöse Faktor

Die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs haben in ihrer Erklärung darauf hingewiesen, daß sich eine gerechte und friedliche Lösung der nordafrikanischen Probleme nur finden lasse, wenn dem Zusammenleben verschiedener geistiger Familien auf diesem Boden, namentlich der mohammedanischen, der christlichen und der jüdischen, Rechnung getragen würde. Daß keinerlei wirkliche „Assimilation“ zwischen eingeborener und europäischer Bevölkerung Nordafrikas stattgefunden hat, daß die Franzosen für die Eingeborenen durchaus „Fremde“ geblieben sind (meist feindliche, selten befreundete Fremde), liegt zu einem unübersehbaren Teil an der Kluft zwischen den Religionen. Von dem jüdischen Element braucht hier nicht geredet zu werden; es ist zahlenmäßig gering und kulturell oft mit dem europäischen verschmolzen. Um so wesentlicher ist die Tatsache, daß Araber und Berber Mohammedaner sind. In einem Artikel der „Croix“ vom 19. Oktober, „L'Afrique du Nord, problème religieux“, von André Arcet, heißt es: „Es wäre absurd, zu sagen, daß das religiöse Problem die Ursache unserer Prüfungen ist, aber es bildet das Herz der Mißverständnisse, des ganzen Konflikts.“ Dieses Problem ist „alles andere als einfach. Vom frommen, ehrwürdigen Ben Arafa bis zu den laizistischen

Führern der drei nordafrikanischen Länder reicht eine ganze Skala religiöser Gefühle ebenso wie politischer Programme und Ziele, die die Aktion der Mohammedaner leiten. Es ist für den Uneingeweihten sehr schwer, zu bestimmen, bis zu welchem Punkt die Religion das Leben sehr verschiedener Massen gestaltet.“ Immerhin besteht kein Zweifel darüber, daß der Islam einen gemeinsamen Nenner für sämtliche Eingeborenen der nordafrikanischen Länder bildet: „Ihrer Religion treu oder nicht, alle haben sie deren Einfluß erfahren, der sie geprägt hat und sie von den Franzosen im Land und in Frankreich unterscheidet.“ Frankreich hat die mohammedanische Religion in seinen nordafrikanischen Besitzungen respektiert; aber es war das laizistische Frankreich, das dies tat. Es erwartete ganz naiv, daß der technische Fortschritt des Mutterlandes die Mohammedaner von selbst gewinnen werde. Ein Kontakt auf gleicher geistiger Ebene wurde nicht einmal gesucht. Zu diesem wären gläubige Christen jedenfalls viel besser qualifiziert als moderne Laizisten. Doch muß gesagt werden, daß der Großteil der nordafrikanischen Christen sich dieser Aufgabe keineswegs gewachsen gezeigt hat.

Tunesien

Ein Beispiel für diesen Katholizismus, der sich den mohammedanischen Problemen in keiner Weise aufgeschlossen erwies, stellte die Mehrzahl der Katholiken Tunesiens nach dem Abschluß der Konvention im Frühling vorigen Jahres dar. Diese Katholiken „weigerten sich, hinzunehmen, daß dieses Land, in dem sie schon lange, manchmal seit mehreren Generationen lebten, eines Tages seinen politischen Status ändern (aus einem Protektorat zu einem selbständig verwalteten Land mit Gleichberechtigung seiner Bürger werden) könne. Man war überhaupt nicht auf die Idee verfallen, man könne je einer tunesischen Regierung unterstellt werden; man hätte deren Wirksamkeit, Stabilität, ja Ehrlichkeit in Zweifel gezogen. Die besondere Natur der Kontakte, die sich fast ganz auf die arbeitenden Schichten beschränkten, hatte, wenn sie auch einzelne glückliche persönliche Beziehungen zuließ, der ihren traditionellen Gewohnheiten treuen katholischen Welt niemals gestattet, den Gedanken zu fassen, daß es ein tunesisches Volk gebe, dessen originale Persönlichkeit Achtung beanspruchte“ (Informations Catholiques Internationales, Nr. 2, 15. Juli 1955). Die tunesischen Katholiken (und darin gleichen ihnen die algerischen und marokkanischen durchaus) sind zu sehr mit ihren inneren Angelegenheiten, ihrer Organisation, den Schulfragen für ihre eigenen Kinder, den „Werken“ beschäftigt gewesen, um an die Grundprobleme, die soziale Frage, die Rassenfrage, ja die Mission zu denken. Diese Lage hat sich zu wandeln begonnen, aber der neue Geist, der sich zu regen beginnt (in der spezialisierten Katholischen Aktion, die in Tunesien seit 1936 besteht, im Wirken der Weißen Väter u. a.), hat sich noch kaum auswirken können.

Marokko

Nach Marokko, dessen Bevölkerung von einigen mächtigen, sich bekämpfenden Sultanen regiert wurde, ist die Kirche zuerst mit den Militärggeistlichen zur Zeit der marokkanischen Kämpfe zu Beginn dieses Jahrhunderts gekommen. Sie waren Seelsorger für Truppen, die im Kampf gegen die Rebellen standen, hatten keinerlei missionarische Ambitionen gegenüber den Mohammedanern und nicht die geringste Kenntnis der Landessprache. Zwar

wurden Kirchen bis in die entlegensten Gegenden gebaut, aber wie auf der einen Seite die Eingeborenen sich der fremden Religion gegenüber um so fanatischer auf die eigene zurückzogen, so war auf der anderen Seite der in Marokko eingesetzte Klerus aufs engste mit den Eroberern verbunden und ließ sich gegenüber den Mohammedanern insbesondere auch von der Regierungspolitik der Spaltung der Gegner — Araber gegen Berber — beeinflussen. Man glaubte, die Berber, als weniger gute Musulmanen, leicht herüberziehen zu können: der Erfolg war nur, daß Araber und Berber sich in leidenschaftlicher Verteidigung ihres Glaubens zusammenschlossen. Der Klerus fand sich schließlich damit ab, im Rahmen der französischen Kolonie zu wirken und sich selbst deren Übergriffe auf kirchliches Gebiet (Absetzung und Einsetzung von Apostolischen Vikaren) gefallen zu lassen.

Selbstverständlich gibt es daneben auch echte Katholiken, die versuchen, den Marokkaner wirklich zu verstehen, ihm zu begegnen: „eine Handvoll wahrer Christen“, wie Abbé Louis Rétif in einem Aufsatz vom 17. 12. 1954 in „Témoignage Chrétien“ sagte, „Priester und Laien“. Abbé Rétif weist auf die Benediktiner von Tioumliline, auf die „Kleinen Brüder des Père de Foucauld“ mit ihrem Ordensoberen P. Voillaume, auf den P. Péryguère, der als Einsiedler unter den Berbern lebt, hin. Und natürlich auch auf den Erzbischof von Rabat, Msgr. Lefèvre. Doch das Charakteristische der Situation der Kirche in Marokko bleibt doch auch für Rétif: auf einem Gebiet, das $\frac{9}{10}$ der Größe Frankreichs umfaßt, arbeiten nur 259 Priester oft unter den schwierigsten Verhältnissen. Von den europäischen Katholiken praktizieren 14—18%; 68% der europäischen Kinder werden getauft, ungefähr der gleiche Prozentsatz besucht den Religionsunterricht. Für diesen stehen den Priestern 625 Hilfskatecheten zur Seite, da die Geistlichen nicht einmal ausreichen, um die europäischen Kinder im Glauben zu unterweisen. Dieser Prozentsatz ist, wie Rétif sagt, höher als in Frankreich; aber um den richtigen Maßstab zu gewinnen, muß man bedenken, daß die französischen Kinder in Marokko durchweg dem Mittelstand, der Bourgeoisie, angehören — und daß der Besuch der Kirche und des Religionsunterrichts nicht gleichbedeutend ist mit christlichem Leben. Die Pfarren in Städten wie Casablanca (1 100 000 Einwohner, davon 900 000 Araber und Juden) sind zu volkreich; die Pfarren des „Bled“, der Wüste, sind unermesslich weit und leer. Die Priester kommen mit ganz geringen Ausnahmen alle aus Frankreich, und noch heute sind viele ehemalige Militärgeistliche darunter. Eine der großen Leistungen Msgr. Lefèvres ist es, den Klerus zum Bewußtsein seiner Lage und Aufgabe erzogen und ihm einen einheitlichen Geist eingehaucht zu haben.

Das „Annuaire des Missions catholiques en Afrique française“ gibt als die neuesten, wohl zuverlässigen Zahlen für Marokko: 8 018 566 Einwohner, darunter 374 541 Katholiken (alles Ausländer), 1 300 schismatische Christen (Orthodoxe unter dem Patriarchat von Alexandrien und Russen), 1 500 Protestanten, 199 200 Juden und 7 442 015 Mohammedaner.

Msgr. Lefèvre ist 1947 zum Apostolischen Vikar (und kürzlich, wie wir im vorigen Heft S. 122 gemeldet haben, zum Erzbischof) von Rabat ernannt worden. Er gab sofort zu verstehen, daß er nicht daran dächte, sich zum Funktionär von Interessengruppen machen zu lassen, sondern daß er seinen christlichen Auftrag in völliger Unab-

hängigkeit von politischen Instanzen durchführen werde. Er trat auch in Kontakt mit den Vertretern des Islams, insbesondere mit dem kürzlich auf den Thron zurückgekehrten Sultan Mohammed Ben Yussef, dem geistlichen Haupt der Mohammedaner. Damit gewann er sich die Sympathie der Marokkaner, erregte aber bei vielen marokkanischen Franzosen heftigen Widerstand. In einem Hirtenbrief im Januar 1952 erkannte Msgr. Lefèvre zwar die Leistungen der Franzosen zur Entwicklung Marokkos an; er fand es richtig, daß sie Gewinn aus ihren Leistungen zogen, jedoch ungerecht, daß sie sich die gesamten Reichtümer aneigneten, weil sie die Stärkeren und Geschickteren waren. Von diesen großen Reichtümern sollte, so sagte er, allen etwas zugute kommen, besonders denen, die mit der Kraft ihrer Arme dazu beigetragen haben, diese Reichtümer zu schaffen. Scharf tadelte er den Brauch, die Leistung der Arbeiter nicht entsprechend ihrem Wert zu entlohnen. Dieser Hirtenbrief trug dem Erzbischof bei den marokkanischen Franzosen den Beinamen eines „roten Bischofs“ ein. Eine Gruppe von Grundbesitzern, Kaufleuten und Beamten unterzeichnete sogar einen Brief an den Heiligen Stuhl, in dem die Absetzung Msgr. Lefèvres gefordert wurde. Der Vatikan antwortete nicht auf diesen Brief.

Angesichts der gegenwärtigen blutigen Unruhen in Marokko ließ Msgr. Lefèvre am 4. September in allen Kirchen und Kapellen Marokkos einen kurzen Aufruf verlesen, in dem es heißt:

„... Trotz aller Widerstände und allen Unverständnisses hört die Kirche nicht auf, uns das Gebot des Herrn, das Gebot der Liebe ins Gedächtnis zu rufen: ‚Gott ist die Liebe, und wer in der Liebe bleibt, der bleibt in Gott und Gott in ihm.‘

Zugleich aber verurteilt und verdammt sie mit demselben Anspruch, der gleichen Eindeutigkeit alle Verbrechen, insbesondere die, die die Schwachen treffen, die ihrem mütterlichen Herzen so teuer sind, die Kinder, die Frauen, die Kranken, die Unschuldigen. Sie erkennt das Recht an, die Schuldigen unerbittlich und streng zu bestrafen, aber sie erkennt dieses Recht nur der legitimen Obrigkeit zu, von der sie verlangt, daß sie es mit erleuchteter Gerechtigkeit ausübt.

Uns liegt es ob, wie groß auch unser Leiden und unsere Entrüstung sein mögen, unser Werk als Menschen und Christen fortzusetzen, d. h. keinen Haß in uns aufkommen zu lassen — denn Haß ruft Haß, und Gott verurteilt ihn —, und aus dem Geiste Christi die Kraft zu schöpfen, zu wünschen, daß trotz aller angehäufter Hindernisse Friede und Eintracht siegen; denn sonst gibt es nichts als Mißtrauen, Gewalttätigkeit, Enttäuschung und Trümmer.“

Algerien

Der gemeinsame Hirtenbrief des algerischen Episkopats vom 15. September, aus dem die Erklärung der französischen Kardinäle und Erzbischöfe einige wichtige Sätze zitiert hat, ist ein umfangreiches Dokument in vier Abschnitten: 1. Probleme des Bezugs auf Gott; 2. Probleme der Befriedung; 3. Wirtschaftliche und soziale Probleme; und 4. Politische Probleme. Im ersten Teil handelt es sich um eine Darlegung der traditionellen Lehre über Art und Grenzen des Einmischungsrechts der Kirche in Fragen, die auf den ersten Blick dem Bereich des staatlichen Lebens anzugehören scheinen. Im zweiten Teil beginnen dann die Mahnungen an die algerischen Christen, in den gegen-

wärtigen Verhältnissen als Christen zu handeln und sich der Pflichten eines Christen bewußt zu werden. Ressentiment und Haß dürfen die Herzen nicht beherrschen. Der Hirtenbrief fordert zur öffentlichen Gerechtigkeit auf. „Darunter verstehen wir nicht nur die Gerechtigkeit der Gerichte . . ., sondern auch jene umfassendere Gerechtigkeit der Gesetze und Einrichtungen, die allen Bürgern die normale Ausübung ihrer Rechte und Freiheiten sichern sollen . . .“

Diese Gerechtigkeit, so führt der 3. Teil aus, muß vor allem auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich durchgeführt werden. Und schließlich gelten für die politische Ordnung, wie der 4. Teil ausführt, gewisse Maximen moralischer Art, die immer durchgesetzt werden müssen; dazu gehört die Achtung vor der menschlichen Person, vor der grundsätzlichen Gleichheit aller und ihrer brüderlichen Bestimmung. Hier folgen die von den Kardinälen und Erzbischöfen zitierten Abschnitte über das Zusammenleben der verschiedenen geistigen Familien. Am Schluß sagt der Hirtenbrief endlich: „Alle diese Bemerkungen, die wir vor euch dargelegt haben, erheben nicht den Anspruch, eure Pflicht und euer christliches Ideal in Algerien erschöpfend dargelegt zu haben. Aber wir hätten unseren Zweck erreicht, wenn ihr begriffen hättet, welch große Aufgabe Gott euch hier ständig bereit hält und wie sehr sie euer Nachdenken und euren Mut verdient . . . Mehr denn je braucht dieses Land die Tapferkeit und die Arbeit aller seiner Kinder.“

Das christliche Gewissen im Mutterland

Während der nordafrikanische Episkopat sich so bemüht, die nordafrikanischen Katholiken zum Bewußtsein ihrer Pflicht zu erziehen, hat das christliche Gewissen im französischen Mutterland sich in einer erstaunlichen Reihe von Dokumenten schon seit dem Sommer zu den Vorgängen in Nordafrika geäußert. Allgemeinere prinzipielle Grundlagen für die Stellungnahme des Christen zu den Vorgängen in den Kolonialländern hat das „Comité théologique de Lyon“ in einer Lehrerkklärung (Notes doctrinales ausgearbeitet, die am 3. Juni in der „Semaine religieuse de Lyon“ veröffentlicht worden ist (in: „Documentation Catholique“, 18. 9. 1955). Ebenso hat der Bischof von Angers, Msgr. Chappoulie, in einem Vortrag, anlässlich der „Quinzaine Missionnaire“ in Lille, am 2. Oktober eine ausführliche Darstellung der Probleme des Kolonialismus und der Rechte und Pflichten einer christlichen Kolonialmacht gegeben (in: „Documentation Catholique“, 30. 10. 1955). Wir kommen auf beide Dokumente am Schluß dieses Berichts zurück.

Überraschender ist aber noch die Zahl und Entschiedenheit der Erklärungen, die fast alle wichtigen katholischen Laienorganisationen und -bewegungen Frankreichs abgegeben haben. Das erste derartige Dokument war die gemeinsame Erklärung der Katholischen Aktion des Mittelstands (ACI) und der Katholischen Aktion der Arbeiter (ACO), die „La Croix“ am 19. August veröffentlicht hat. Ihr folgte am 7. September eine gemeinsame Erklärung sämtlicher Jugendorganisationen der Katholischen Aktion in Frankreich (männliche und weibliche Zweige der Christlichen Arbeiterjugend, der Mittelstandsjugend, der Landjugend und der Studentenschaft) sowie der Pfadfinder, die in den verschiedensten publizistischen Organen des Landes bekannt gemacht wurde. Pax Christi schloß sich am 16. September an. Der Nationalkongreß der Christlichen Arbeiterjugend (JOC), der vom 17. bis 19.

September unter Teilnahme von 200 Regionalleitern tagte, gab bei dieser Gelegenheit nochmals eine eigene Erklärung zu den Ereignissen in Nordafrika ab. Am 30. September folgte eine Erklärung der Christlichen Gewerkschaften (CFTC), und schließlich hat sich das „Christliche Komitee für französisch-islamische Verständigung“ am 12. Oktober am mohammedanischen Institut in Paris versammelt und dort vor der Moschee eine Erklärung verlesen lassen.

Alle diese Erklärungen betonen ihren Schmerz über die nordafrikanischen Vorgänge und nennen die Pflichten der Christen gegenüber den nordafrikanischen Völkern. „Wir müssen jede Form von Rassenhaß ablehnen und die Gleichheit der Menschen vor Gott und ihre Brüderlichkeit verkünden. Wir müssen die religiösen Werte jedes Volkes achten und, soweit es in unsrer Macht steht, die Ausbreitung seiner Kultur fördern. Wir betonen, daß die soziale Gerechtigkeit gegenüber den nordafrikanischen Arbeitern, insbesondere hinsichtlich des Lohns, der Unterbringung, der Lehrzeit, eine der Vorbedingungen eines echten Friedens ist. Wir erkennen auch das Drängen der Eingeborenen auf freie Ausübung ihrer bürgerlichen und religiösen Rechte als legitim an“, heißt es in der Erklärung der ACI und ACO. Die Erklärung der katholischen Jugendorganisationen betont, daß nach christlicher Auffassung der Hauptgrund der Anwesenheit Frankreichs in Nordafrika der sein muß, „aus allen Kräften zu einem echten Aufstieg der mohammedanischen Bevölkerung beizutragen“. „Es ist heute nicht mehr möglich, daß die jungen Christen nichts von der Lehre der Kirche über die legitimen Forderungen der Völker wissen“, heißt es weiter. „Wir fordern schließlich alle jungen Franzosen, wieviel mehr alle jungen Katholiken auf, die tragische Spannung des Rassenhasses zu überwinden . . ., nach besten Kräften die Politiker zu informieren und sich mit uns in einem glühenden Gebet zu vereinen, auf daß der Herr uns von der Sünde des Hasses befreie und uns des Friedens würdig mache, den Er uns mit Seiner Hilfe zu schaffen aufträgt.“

Die Erklärung der Pax-Christi-Bewegung ruft vor allem die Christen zur Wachsamkeit auf, damit sie sich nicht vom Geist des Hasses und der Ungerechtigkeit anstecken lassen, auf keinen Fall Maßnahmen wie Verhaftung, Folterung, Kollektivrepressalien usw. billigen, keine verbrecherischen Befehle ausführen und sich nicht passiv in einen ungerechten Krieg hineinziehen lassen.

Am schärfsten ist der Ton in den Erklärungen der christlichen Arbeiterorganisationen — sowohl des Nationalkongresses der JOC wie der Christlichen Gewerkschaften —, in denen das Solidaritätsgefühl mit den leidenden Massen Nordafrikas sich mit den Forderungen des christlichen Gewissens verbindet. Die Erklärung der JOC prangert „die Lebensbedingungen“ an, „die der übergroßen Mehrheit eines Volkes auferlegt sind“, dessen Armut „um so mehr empört, als sie im Gegensatz zu dem schamlosen Luxus einiger Minoritäten steht“. Sie prangert weiter „die unerträgliche Rassendiskriminierung“ auf den Gebieten „der Erziehung, der Beschäftigung, der Entlohnung der Arbeit“ an. Eine Folge davon ist die „tiefe Verwirrung im Gewissen der Jungen, die unter die Fahnen gerufen oder dort festgehalten werden und die sich fragen, wie sie auf diese Weise die wahren Werte der Zivilisation retten sollen . . . Sie möchten die Gewißheit haben, niemals als Söldner verwandt zu werden, sondern der Sache der Gerechtigkeit und des Friedens zu dienen.“ All dem gegenüber proklamiert die Christliche Arbeiterjugend

„die einzigartige und unverletzliche Würde jeder menschlichen Person als Geschöpf Gottes“, das Recht aller Menschen und besonders jedes jungen Arbeiters, „welcher Rasse und Religion er auch angehört, auf volle Entfaltung seiner Persönlichkeit durch den Zugang zu seiner eigenen Kultur und Verantwortlichkeit“. Die Regierung wird ermahnt, die Unruhe im Gewissen der französischen Jugend ernst zu nehmen und nach einer friedlichen Lösung der nordafrikanischen Spannungen zu suchen.

Der Christliche Gewerkschaftsverband (CFTC) „verurteilt“ in seiner Erklärung „all die Gewalttaten, die blutigen Grausamkeiten, die blinden Vergeltungsmaßnahmen, die . . . täglich den Graben zwischen Völkern vertiefen, die geschaffen sind, sich zu verstehen und . . . zu ergänzen“. Als die ursprüngliche Ursache dieser Sachlage nennt er „das Elend eines übergroßen Teils der mohammedanischen Bevölkerung, das die Folge unverhältnismäßiger Privilegien und Profite einer Minorität bornierter Kapitalisten jeder Herkunft ist“. Er fordert rasche Verwirklichung eines Wirtschafts-, Sozial- und Kulturplans und die unverzügliche Durchführung „kühner Maßnahmen, wie der Agrarreform und des Ausbaus des Bewässerungssystems . . .“, und er verlangt vor allem Überwindung des Hasses und der rassistischen und sozialen Vorurteile.

Die Erklärung des Christlichen Komitees für französisch-islamische Verständigung endlich spricht den Wunsch aus, daß die Regierung Frankreichs von jetzt ab die mohammedanischen Bewohner Nordafrikas betrachten möge wie die Bürger des Mutterlandes, „seine Kinder wie unsere Kinder, seine Frauen wie unsere Frauen, seine Männer wie unsere Männer: als Männer, die frei über ihr Geschick verfügen können“.

Widerstandsrecht?

Alle diese Erklärungen sind der Erklärung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs vom 14. Oktober vorausgegangen, und man erkennt nun auch, daß gewisse Formulierungen der Erklärung auf diese vorausgegangenen Erklärungen Bezug nehmen. Schon gleich im ersten Satz heißt es, daß „die schmerzlichen Ereignisse in Nordafrika jeden Franzosen und vor allem die Jugend vor schwere Probleme“ stellen. Es handelt sich dabei, wie ja die Erklärungen zumal der christlichen Arbeiterorganisationen (JOC und CFTC) deutlich machen, um die Frage des Kriegsdienstes gegen die nordafrikanischen Rebellen, mit denen sich die französische Arbeiterschaft solidarisch fühlt und gegen die zu kämpfen ihr als Verbrechen erscheint. Nach NCWC News Service (17. 10. 1955) bezieht sich hierauf der Satz in der Erklärung der Kardinäle und Erzbischöfe: „Unter den gegenwärtigen Umständen erinnert die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe daran, daß der einzelne nur dann ein Widerstandsrecht gegen die legitime Autorität hat, wenn diese ihm direkt ein Verbrechen oder eine offenkundige Ungerechtigkeit befehlen sollte.“ Der Einsatz von Reservisten in Nordafrika hat übrigens keineswegs nur bei den katholischen Organisationen heftige Kritik geweckt; allgemein haben sich studentische Kreise scharf ablehnend geäußert und die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen für die nordafrikanischen Kämpfe diskutiert. Daß auch kommunistische und progressistische Kreise gegen den Einsatz französischer Jugend in Nordafrika opponieren, versteht sich von selbst. Die Formulierung der Kardinäle und Erzbischöfe ist jedoch so allgemein gehalten, daß dem christ-

lichen Gewissen angesichts dieses Problems immer noch ein weiterer Spielraum gelassen wird.

Notes doctrinales

Das „Comité théologique de Lyon“, das schon am 3. Juni dieses Jahres in einem Anhang zur „Semaine religieuse du diocèse de Lyon“ einige Gesichtspunkte der kirchlichen Lehre und praktische Richtlinien für das Verhältnis Frankreichs zu Nordafrika und zu den Nordafrikanern ausgearbeitet hat, ist eine Arbeitsgemeinschaft von Lyonnenser Theologen, die von Zeit zu Zeit derartige „Notes doctrinales“ zu aktuellen Fragen veröffentlichen. In ihrer Note zu den nordafrikanischen Problemen legen sie zunächst die Lehre der Kirche zur Rassenfrage dar, da diese vom moralisch-religiösen Gesichtspunkt aus am Grund der gesamten nordafrikanischen Probleme liegt. Die Lehre der Kirche ist hier ganz eindeutig: sie verurteilt jeden Rassenstolz. Man kann ihre Prinzipien in dieser Hinsicht so zusammenfassen: 1. Vor Gott sind alle Menschen gleich, und keine Rasse ist von Natur der anderen überlegen. 2. Die kulturelle Entwicklung einer Rasse darf nicht dadurch zustande kommen, daß ihr eine fremde Kultur aufgezwungen wird, sondern durch eine innere Entfaltung ihrer eigenen Werte. Konkret drückt sich das auch in dem Wunsch der Kirche nach einem eingeborenen Klerus aus.

Eng mit dem Rassenproblem hängt das soziale Problem in Kolonialländern zusammen: die Kirche fordert hier soziale Gleichstellung beider Bevölkerungsgruppen. Die nordafrikanischen Bischöfe haben diese Forderung immer wieder erhoben.

Der dritte Problemkreis ist der politische, und unter diesen Punkt ordnet die „Note“ das „Kolonialproblem im allgemeinen“ ein. Das wichtigste Stück dieses Abschnittes geben wir hier wörtlich wieder:

Das Kolonialproblem im allgemeinen

„Was das Kolonialproblem als Ganzes in all seinen aufeinanderfolgenden Stadien betrifft, so existieren anscheinend keine päpstlichen Dokumente, die die Kolonisation prinzipiell billigen oder verurteilen.“

Doch läßt sich von den Texten des Heiligen Stuhls über die Missionen oder Missionsprobleme, vom Urteil dieses oder jenes Papstes über diesen oder jenen Aspekt, diese oder jene Folge des Faktums der Kolonisation, von Untersuchungen anerkannter Theologen — *auctores probati* — oder von der Kirche ermutigten kulturellen Organisationen eine allgemeine Gedankenrichtung, eine Art consensus *theologicus*, ablesen, der sich kurz in folgenden Sätzen zusammenfassen läßt:

1. Die missionarische Bewegung und die koloniale Ausbreitung sind rechtlich und faktisch voneinander unabhängig. Es wäre ein Irrtum, die Mission in irgendeiner Weise an die Kolonisation zu binden — ohne damit natürlich etwas über die zeitweiligen begrenzten gegenseitigen Beziehungen zu sagen, die sich aus den faktischen Umständen ergeben können.
2. Kein missionarisches Motiv könnte eine gewaltsame koloniale Eroberung rechtfertigen. Der große Theologe Franz v. Vitoria hat das Karl V. energisch vorgehalten.
3. In gewissen Fällen kann es ein Recht zur Kolonisation geben (vgl. Nr. 6).
4. Dieses Recht darf sich weder auf Gewalt noch auf eine angebliche rassistische Überlegenheit, noch auch, wie es der Wirtschafts imperialismus behauptet, auf das Bedürfnis eines Volkes stützen, das sich auf diese Weise gewaltsam